

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Neuausrichtung der Politik

Seit den Präsidentschaftswahlen vom 23. September 2018 haben sich auf den Malediven alle politischen Vorzeichen verändert. Bereits im ersten Wahlgang hatte das Wahlbündnis der Oppositionsparteien, angeführt von der Demokratischen Partei der Malediven (MDP) mit ihrem Spitzenkandidaten Ibrahim Solih, einen überzeugenden Wahlsieg errungen. Ihre gegenwärtig herausragende politische Rolle bekräftigte die MDP in der Folge bei den Parlamentswahlen am 4. April 2019 eindrucksvoll. Sie gewann in 65 von 87 Wahlkreisen und damit eine Supermehrheit. Das maledivische Wahlvolk hat sich damit klar gegen die diktatorische und korrupte Politik des Vorgängerpräsidenten Abdulla Yameen und seiner Fortschrittspartei (PDM) gewandt. Auch war mit Blick auf die Heftigkeit der politischen Grabenkämpfe der dann friedliche Machtwechsel keineswegs selbstverständlich. Damit hat sich das kleine Land gute Voraussetzungen für seine künftige Entwicklung geschaffen. Gefahren schlummern allerdings etwa bei den Auslandskrediten (s. u.).

Den Kampf um die Parlamentssitze hat die MDP auf der Basis ihrer „Agenda 19“ geführt, einer ehrgeizigen Wahlkampfstrategie, die gleichzeitig als ihr Parteiprogramm gilt und 19 politische Initiativen formuliert. Innenpolitisch stellt dieses Programm die wirtschaftliche Entwicklung und den Abbau der Auslandsschulden, die Einführung von Arbeitslosengeld und anderer Sozialhilfen, Menschenrechte, gute Regierungsführung, Rechtssicherheit, eine politische und wirtschaftliche Dezentralisierung sowie den Kampf gegen die Korruption in den Mittelpunkt der künftigen Arbeit. Außenpolitisch wollen die Malediven sich wieder in die geopolitische Strategie des Nachbarlands Indien einbinden lassen, gleichzeitig aber die Investitionen aus China und den stetig wachsenden Zustrom chinesischer Touristen nicht gefährden.

Geopolitische Aspekte

Am 8. Juni sprach der indische Premierminister Narendra Modi im Parlament der Malediven, dem „Majlis“ in der Hauptstadt Male. Dorthin unternahm er die erste Auslandsreise nach seiner Wiederwahl und Vereidigung im Amt am 30. Mai 2019. Dies lässt die Erleichterung der indischen Führung darüber erahnen, dass die Malediven nicht weiter dabei helfen wollen, aus dem

Indischen einen Chinesischen Ozean zu machen, wie die Wirtschaftszeitschrift Forbes schreibt. Indien empfindet jede Einschränkung seiner Hegemonie über den Indischen Ozean als Bedrohung seiner Sicherheitsinteressen und will dem künftig entschiedener entgegen treten. Dabei treibt die indische Regierung die Sorge vor der zunehmenden Verschuldung Pakistans, Myanmars, Malaysias, Sri Lankas und der Malediven gegenüber China um. Die erzwungene Verpachtung eines wichtigen Hafens in Sri Lanka auf 99 Jahre an China als Ersatz für Schuldendienste hat in der Region alle Alarmglocken schrillen lassen. Die Angst vor Souveränitätsverlusten ist nun in diesen Ländern größer als die Erwartung, von den neuen Seidenstraßenprojekten Chinas zu profitieren.

Dass es den Malediven wie Sri Lanka ergeht, will Indien offenbar vermeiden. Schon bei seinem Antrittsbesuch in New Delhi erhielt der neue Präsident Ibrahim Solih von der indischen Regierung die Zusicherung von Kreditlinien, Schuldverschreibungen, einen Währungstausch und Zuschüsse im Wert von bis zu 1,4 Milliarden US-Dollar. Anlässlich seines Besuches hatte Premier Modi weitere Geschenke im Gepäck. Eine Radarstation zur Überwachung des Luft- und Seeraumes der Malediven, eine Ausbildungsstätte für Marineoffiziere, Investitionen in ein großes Hafenprojekt (iHavan-Projekt, Sonderwirtschaftszone und Schiffsumladehafen) an einem der nördlichsten Atolle des Landes zur Beteiligung am Schiffsverkehr zwischen Asien und Europa.

Administrative Kooperationen

Insgesamt sechs *Memoranda of Understanding* (MoU) zur künftigen Zusammenarbeit der beiden Länder wurden bei Modis Besuch unterzeichnet. Indien will die Malediven bei der Erforschung seiner Bodenschätze in seiner Wirtschaftszone unterstützen, helfen, das Gesundheitswesen weiter auszubauen und Fährverbindungen für Waren- und Personentransport eröffnen. Die indische und die maledivische Marine sollen regelmäßig militärisch wichtige Informationen austauschen. Ferner will man die konsularischen Dienste zur schnelleren Erteilung von Visa nachhaltig ausbauen. 1000 Zivilbeamte sollen in Indien ausgebildet werden. Die gute demokratische Regierungsführung soll durch Unterstützung der Behörden für Verwaltungsreform und Beteiligung der Öffentlichkeit gestärkt werden. Das für Indien wichtigste Resultat dieser nachbarschaftlichen Zusam-

menarbeit findet sich in der gemeinsamen Erklärung anlässlich des Besuchs. In ihr wird unter anderem die Verbundenheit der Sicherheits- und Stabilitätsinteressen der Partner in der Region unterstrichen. Beide Länder wollen es nicht zulassen, dass ihre Territorien für Aktivitäten genutzt werden, die von einem der Partner als feindselig wahrgenommen werden. Damit verpflichten sich die Malediven, China keine Einrichtung eines wie immer auch benannten Stützpunktes zu erlauben, der auch militärischen Zwecken dienen könnte.

Für die neue maledivische Regierung ist ferner eine Vereinbarung, um die Verwaltung zu unterstützen, von besonderem Interesse. Bereits in der Vorbereitung des Modi-Besuches entsandte die indische Regierung Fachleute in die Malediven, um dortige Behörden bei der Analyse und Identifikation von Finanzkriminalität und Geldwäsche zu unterstützen, insbesondere Korruption, Untreue, Unterschlagung und Betrug. Sie sollen alle inländischen Datenquellen auswerten, auch soziale Medien sowie supranationale Quellen wie Interpol, FBI oder die *London Metropolitan Police*. Neue Formen der kritischen Datenerhebung werden durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Sicherheitsbehörden entwickelt. Diese Experten werden auch helfen, die großen Korruptionsfälle der vergangenen fünf Jahre zu untersuchen, vor allem die untragbar hohe Kreditaufnahme bei China, sowie das Verschwinden von über 90 Millionen US-Dollar an Lizenzen des Staates für die Nutzung von Inseln als Touristenresorts. Diese Ermittlungen wären die Grundlage, um nachhaltig mit den korrupten Netzwerken der vergangenen Regierung aufzuräumen.

Innenpolitik

Der ehemalige maledivische Präsident Mohamed Nasheed (2008-2012) hatte mit seiner MDP, die er seit 2014 als Präsident führt, am 6. April einen deutlichen Wahlsieg eingefahren und alle Konkurrenten weit überflügelt. Die zweit- und drittplatzierten Parteien (*Jumhooree* und *Progressive Party*) eroberten jeweils nur fünf Sitze. Die übrigen zwölf Sitze gewannen verschiedene kleinere Parteien. Mohamed Nasheed kehrte im November 2018 aus dem Exil zurück, nachdem seine Verurteilung als Terrorist vom Obersten Gerichtshof aufgehoben worden war. Der vorherige Präsident Yameen hatte die Präsidentschaftskandidatur Nasheeds 2018 mit Verweis auf seine Verurteilung als Terrorist verhindert, weshalb Ibrahim Solih kandidierte und gewann. Nasheed wurde nun am 4. Juni einstimmig zum Sprecher des Parlaments gewählt. Als erste Maßnahmen hat er die Debattenzeit der Abgeordneten vor Abstimmungen erweitert und fünf neue ständige Aus-

schüsse geschaffen – Justiz, Umwelt- und Klimawandel, Dezentralisierung, Menschenrechte und Gender sowie Staatsunternehmen (jetzt insgesamt 17). Laut Nasheed gehört es zur vorrangigen Aufgabe seiner MDP-Parlamentsfraktion, dass die Malediven zu einer guten Regierungsführung zurückkehren. Die „Tage der Diamanten und Rolex-Uhren sind vorüber“, erklärte er, das neu gewählte Parlament besitze nun wieder Integrität. Nasheed plant, das Präsidialsystem der Malediven zu einer parlamentarischen Demokratie zu entwickeln.

Verschuldung, Korruption, innenpolitischer Spielraum

Der vorherige Präsident Yameen hatte große Infrastrukturprojekte auf der Basis von etwa 1,5 Milliarden US-Dollar an Krediten aus China begonnen und ein Freihandelsabkommen mit China geschlossen. Diese Schulden, deren Höhe noch nicht eindeutig bestimmt ist, plus die sonstigen Auslandsschulden des Landes könnten 2019 in etwa die Höhe des Bruttoinlandsproduktes von 4,886 Milliarden US-Dollar (laut IWF) erreichen. Das Land fürchtet, in eine Schuldenfalle zu geraten und ähnlich wie Sri Lanka die Zahlungsunfähigkeit etwa mit der Verpachtung von Inseln an China abwenden zu müssen. Zur Vermeidung wäre ein starkes Wirtschaftswachstum nötig. Der IWF schätzte im März 2019 das Wirtschaftswachstum für die kommenden Jahren auf unterhalb von sechs Prozent jährlich – möglicherweise nicht genug, um die Schuldendienste und das Programm der neuen Regierung zugleich zu finanzieren.

Bald nach der Präsidentenwahl im September 2018 richtete Präsident Solih einen Parlamentsausschuss zur Aufklärung schwerwiegender Korruptionsvorwürfe ein, um Licht in das Dunkel der Finanzierung der grossen chinesischen Infrastrukturmaßnahmen zu bringen. Es wird vermutet, dass sie völlig überteuert geplant wurden und erhebliche Teile der Finanzierung in den Taschen von Parteigängern des früheren Präsidenten Yameen landeten. Eigentlich hätte sich das Land diese Investitionen gar nicht leisten können. Die mit deutlicher Mehrheit ausgestattete MDP kann nun ungehindert untersuchen, wie hoch die Verschuldung bei China tatsächlich ist, und welche Mittel in unproduktive Kanäle geflossen sind.

Schuldenfallen

Den wenigen Presseberichten zufolge ist es bis dato nicht gelungen, die tatsächliche Höhe der mit Staatsgarantien versehenen Kredite zu erheben. Einerseits spricht der Gouverneur der Staatsbank von 1,5 Milli-

arden US-Dollar, davon 600 Millionen für Infrastrukturprojekte, wie die mit China vereinbarte Freundschaftsbrücke zwischen Male und der Flughafeninsel Hulhumale oder den Bau von etwa 11.000 Wohnungen, außerdem 900 Millionen für Geschäftskredite verschiedener Firmen auf den Malediven. Darüber hinaus wurde dem neuen Präsidenten Ibrahim Solih nach Angaben Nasheeds am 6. Oktober 2018, also nur wenige Tage nach seinem Wahlsieg, vom chinesischen Botschafter auf den Malediven eine „Rechnung“ in Höhe von 3,2 Milliarden US-Dollar persönlich überreicht. Davon will dieser heute nichts mehr wissen. Ein Staatsbeamter der Malediven, der ungenannt bleiben will, berichtete, die frühere Regierung könne für zusätzliche 1,7 Milliarden US-Dollar Staatsgarantien gegeben haben. Sollte sich dies bewahrheiten, bestünde die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die offiziellen Schuldendaten des Finanzministeriums vom Juni 2018 reflektieren die Dramatik dieser Situation überhaupt nicht. Entsprechend verfügen auch die internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF nicht über die zur Debatte stehenden Zahlen. Die bisherigen Machthaber verweisen auf die unglaubliche Beschleunigung der Entwicklung der Infrastruktur des Landes mit Hilfe der chinesischen Kredite. Der Parlamentsausschuss soll nun mit indischer Expertise Licht in diese Affäre bringen. Für die Entwicklungsplanung der neuen Regierung wäre ein höherer Schuldendienst eine Katastrophe. Die geplanten teuren Sozialprogramme (Arbeitslosenhilfe, Mutterschutz, Elternzeit, Sozialrente, Mindestlohn) würden unbezahlbar. Gleichzeitig hat der IWF im März 2019 mit Blick auf ein zurückgehendes Wirtschaftswachstum seine Warnung vor zu hohen Staatsausgaben wiederholt und stattdessen die Auffüllung des staatlichen Finanzreservecfonds gefordert.

Justizreform

Die Reform der Justiz war eines der zentralen Wahlkampfversprechen der MDP. Die Justiz wird als politisiert und unterqualifiziert empfunden, ihre Verfahren entsprechen nicht internationalen Standards für faire Prozesse. Außerdem hat sich die Justiz als willfähriges Instrument des vorigen Präsidenten erwiesen. Seit Gründung 2008 hatte das Oberste Gericht eine Wahl annulliert, Abgeordnete aus dem Parlament ausgeschlossen und aus eigener Initiative (*suo moto*) Mitglieder unabhängiger Kommissionen entlassen. 54 kritischen Rechtsanwälte wurde der Zugang zu den Gerichten untersagt. Die Justiz wurde selbst zum Objekt der politischen Ranküne des damaligen Präsidenten. Dieser ließ im Februar 2018 die Obersten Richter des Landes unter Terrorismusvorwürfen kurzerhand einsperren.

Die Justizreform zielt unter anderem darauf ab, dem Obersten Gericht die Möglichkeit zu entziehen, jederzeit in Verfahren unterer Gerichte einzugreifen und diese an sich zu ziehen, Richterstellen an den unteren Gerichtshöfen zu besetzen oder Richter/-innen zu entlassen sowie die Leitung der Justizdienstleistungskommission zu berufen. Vor der Verkündung von Beschlüssen und Verordnungen soll das Oberste Gericht öffentliche Anhörungen durchführen müssen. Ferner sollen künftig von nun an Leitung und neun Mitglieder der Kommission für Justizdienstleistungen vom Parlament ernannt sowie eine Berichtspflicht gegenüber dem Justizausschuss des Parlaments eingeführt werden. Diese Kommission übt die Aufsicht über die Justiz aus und kann Richter/-innen entlassen oder versetzen. In der Vergangenheit missbrauchte das Präsidialamt die Kommission, um die Justiz zugängeln.

Dezentralisierung

Mohamed Nasheed hatte während seiner Präsidentschaft begonnen, das bis dahin stark zentralisierte Verwaltungssystem der Malediven zu dezentralisieren. Im Rahmen der Dezentralisierung formte jede bewohnte Insel einen Inselrat. Diese wurden in 19 Atoll-Räten zusammengefasst, die wiederum zu sieben Provinzverwaltungen gehören, gefördert, finanziell unterstützt und beaufsichtigt von der *Local Government Authority* in Male. Die Aufgaben der lokalen Räte bestanden vor allem in der Bereitstellung von Grunddiensten im Sanitär-, Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, aber auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung.

Präsident Yameen widerrief die Dezentralisierung, sein Präsidialamt trifft wieder alle wichtigen Entscheidungen etwa über Investitionen auf den fast 200 bewohnten Inseln. Yameens Regierung plant die Konzentration von etwa der Hälfte der Gesamtbevölkerung, rund 200.000 Menschen, im Großraum Male/Hulhumale und begann mit dem Bau von Tausenden von Wohnungen. Die Inselräte existierten weiterhin, wurden aber mit korrupten Parteigängern besetzt und stellen gegenwärtig vorrangig Dokumente über Geburt, Heirat, Eigentum und Tod aus.

Nach den Wahlen gab das Finanzministerium bekannt, eine Abteilung für Finanzdezentralisierung zu schaffen, deren Aufgabe das finanzielle *Empowerment* der lokalen Räte ist. Die Regierung teilt außerdem jedem der mittlerweile drei städtischen Räte einen Fünf-Prozent-Anteil an der neu eingerichteten „Bank für Kleine und Mittlere Unternehmen“ zu, um den chronisch unterfinanzierten Stadträten ein laufendes Einkommen zu ermöglichen. Die Debatte hat jedoch gerade erst begonnen.